

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXI
I. Vertretung von Minderjährigen und erwachsenen schutzberechtigten Personen	1
A. Schutz der Vermögensrechte als besonderes Rechtsgut	1
B. Schutz durch die Rechtsordnung	1
C. Überblick Geschäftsfähigkeit	3
II. Allgemeines zur Geschäftsunfähigkeit und den vertragsrechtlichen Folgen	6
A. Gesetzliche Verankerung	6
B. (Partielle) Geschäftsunfähigkeit	8
1. Geschäftsunfähigkeit Minderjähriger nach § 865 Abs 4 ABGB	10
2. Geschäftsunfähigkeit Erwachsener nach § 865 Abs 3 ABGB	11
3. Vorteilsannahme nach § 865 Abs 2 ABGB	12
4. Zustimmungsfrist für schwebend unwirksame Rechtsgeschäfte	13
5. Beweislast der Geschäftsunfähigkeit	14
6. Gesetzliche Vertretung – Überblick	14
III. Rechtsfolge der Nichtigkeit	16
A. Folgen mangels schuldbefreiender Leistung des Vertragspartners	17
1. Allgemeines	17
2. Anrechenbarer Vorteil	19
3. Anrechenbarer Nutzen	20
B. Verweis des Geschäftsunfähigen auf einen Anspruch gegen einen Dritten?	20
1. Mögliche Einwendungen und Ansprüche	20
2. Ansprüche des Vertragspartners	21
3. Möglichkeiten für die Abwendung von Ersatzansprüchen des Vertragspartners	22
IV. Umfang der Vermögensverwaltung	23
A. Umfang der Vermögensverwaltung im Kindschaftsrecht	23
B. Umfang der Vermögenssorge im Erwachsenenschutzrecht	25

V.	Rechtsgeschäfte mit Kindern	28
	A. Minderjährige unter sieben Jahren (Kinder)	28
	B. Minderjährige ab sieben Jahren (unmündige Minderjährige)	29
	C. Mündige Minderjährige	30
VI.	Deliktsunfähigkeit und Billigkeitshaftung nach § 1310 ABGB	34
	A. Allgemein	34
	B. Haftung deliktsunfähiger Minderjähriger (unter 14 Jahren)	34
	C. Deliktische Haftung wegen fehlender Geschäftsfähigkeit?	35
	D. Zivilrechtliche Haftung Deliktsunfähiger ab 14 Jahren	36
VII.	Vertretung Minderjähriger	38
	A. Vertretung durch die Eltern	40
	B. Vertretung durch andere mit der Obsorge betraute Personen	41
VIII.	Haftung des gesetzlichen Vertreters im Kindschaftsrecht	44
IX.	Leitlinien der Vermögensverwaltung im Kindschaftsrecht	46
X.	Vertretung erwachsener geschäftsunfähiger Personen	49
	A. Allgemeines	49
	1. Das Vier-Säulen-Modell der Erwachsenenvertretung	49
	2. Das Österreichische Zentrale Vertretungsverzeichnis (ÖZVV)	53
	B. Vertretung durch gewählte Erwachsenenvertreter	54
	C. Vertretung durch gesetzliche Erwachsenenvertreter	58
	D. Vertretung durch einen Vorsorgebevollmächtigten	62
	E. Besonderheiten bei Bankgeschäften	66
	F. Vertretung durch einen gerichtlichen Erwachsenenvertreter	67
XI.	Leitlinien der Vermögenssorge im Erwachsenenschutzrecht	71
	A. Materieell-rechtliche Vorgaben für den Erwachsenenvertreter	72
	B. Wohl der vertretenen Person und Wunschermittlungspflicht des Erwachsenenvertreters	73
	C. Ermittlung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, Rechnungslegungspflicht des Erwachsenenvertreters	76
	D. Pflichten des gesetzlichen Vertreters	78
XII.	Haftungsfragen bei Rechtsgeschäften mit schutzberechtigten Personen	80
	A. Allgemeines zu den zivilrechtlichen Regeln der Schadenersatzhaftung	80
	B. Amtshaftung des Bundes	81
	C. Haftung des gesetzlichen Vertreters gegenüber der vertretenen Person	82
	D. Haftung des Vertreters gegenüber Dritten	85
	E. Haftungsregelung in der Vorsorgevollmacht (Exkurs sittenwidrige Vertragsvereinbarungen)	86
XIII.	Pflegschaftsgerichtliche Genehmigung von Rechtsgeschäften	88
	A. Unterscheidung ordentlicher und außerordentlicher Wirtschaftsbetrieb (Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse)	88
	B. Rechtsgeschäfte im außerordentlichen Wirtschaftsbetrieb (§ 167 Abs 3 ABGB)	90

C.	Pflegschaftsgerichtliche Genehmigung (§ 132 AußStrG)	92
1.	Ausspruch, dass das beabsichtigte Rechtsgeschäft keiner pflegschaftsgerichtlichen Genehmigung bedarf	94
2.	Genehmigung des Antrags der vertretenen Person	94
3.	Abweisung des Antrags, indem die Genehmigung versagt wird	95
D.	Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens (§ 133 AußStrG)	95
E.	Lenkungsmaßnahmen des Gerichts	97
F.	Aufträge des Gerichts an den gesetzlichen Vertreter nach § 133 Abs 4 AußStrG	98
G.	Amtshaftung aufgrund mangelhafter Überwachung durch das Pflegschaftsgericht	99
XIV.	Besondere Verjährungsbestimmungen	101
A.	Allgemeines	101
B.	Verjährungshemmung im Kindschafts- und Erwachsenenschutzrecht (§ 1495 ABGB)	102
XV.	Sachverhalte mit Auslandsberührung	104
A.	Allgemeines	104
B.	Stärkste Beziehung und Anknüpfungspunkte	105
C.	Prüfungsschritte	106
D.	Internationale Übereinkünfte	108
1.	Zuständigkeit bei vermögensrechtlichen Maßnahmen zum Schutz des Kindes – Kinderschutzübereinkommen	108
2.	Haager Erwachsenenschutz-Übereinkommen	112
3.	Das 1. Erwachsenenschutzgesetz	112
4.	Gutgläubenschutz	112
XVI.	Vermögensverwaltung	114
A.	Vermögensverwaltung im Kindschafts- und (Vermögenssorge) im Erwachsenenschutzrecht	114
B.	Grundsätze ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung	115
1.	Wirtschaftliche Prognosen	116
2.	Veranlagungsmaximen ³⁹⁸	117
a)	Gebot zur Risikostreuung (Diversifikation)	117
b)	Verbot der reinen Spekulation	119
c)	Pflicht zur produktiven Verwaltung	119
d)	Notwendigkeit der Liquidität	119
3.	Anforderungen an die Person des gesetzlichen Vertreters	120
4.	Vermögensverwaltungsvertrag	123
C.	Anwendbare Bestimmungen	124
D.	Kosten für die Vermögensverwaltung	125
E.	Vermögensverwaltung im Erwachsenenschutzrecht	125
F.	Vermögensverwaltung im Kindschaftsrecht	126
G.	Entgegennahme von Zahlungen	128

XVII. Anlegung von Mündelgeld	131
A. Exkurs: Anlegung von Mündelgeld nach deutschem Recht	133
1. Anlegung von Mündelgeld eines Minderjährigen	133
2. Rechtliche Grundlagen bei Vertretung einer erwachsenen geschäftsunfähigen Person durch ihren Betreuer	134
B. Anwendungsbereich der Bestimmungen über die Anlegung von Mündelgeld	135
1. Überblick	135
2. Anwendungsvoraussetzungen	137
3. Begriff Mündelgeld	138
4. Anlegung von Mündelgeld im Kindschaftsrecht	140
5. Anlegung von Mündelgeld im Erwachsenenschutzrecht	140
C. Abgrenzung Mündelgeld und Vermögen einer vertretenen Person	140
D. Veranlagungsmaximen	142
E. Anlegung von Mündelgeld nach §§ 216 bis 220 ABGB	145
F. Anlegung von Mündelgeld im außerordentlichen Wirtschaftsbetrieb unter Beiziehung eines Sachverständigen	145
1. Überblick Veranlagungsprodukte	148
G. Überblick über die gesetzlichen Veranlagungsmöglichkeiten – mündelsichere und nicht mündelsichere Veranlagungsmöglichkeiten	150
1. Die Mär von der absoluten (Mündel-)Sicherheit?	151
2. Überblick über mögliche Risiken	152
3. Allgemeines zu Spareinlagen	153
a) Spareinlagen gesetzlich verteilter Personen	155
b) Verweigerung der Auszahlung	156
c) Allfällige Mitinhaber einer Sparurkunde	157
d) Kraftloserklärung von Wertpapieren (insbesondere Sparbüchern)	158
4. Mündelsichere Spareinlagen nach § 216 ABGB	160
a) Kreditinstitut	161
b) Namenssparbuch	162
c) Bausparvertrag	162
d) Bezeichnung Mündelgeld	164
e) Deckungsstock	164
f) Einlagensicherung	166
5. Wertpapiere und Forderungen nach § 217 ABGB	166
a) Allgemeines zu Wertpapieren (Geld- und Kapitalmarkt- instrumente)	167
b) Finanzinstrumente	168
c) Wertpapiere und Forderungen nach § 217 ABGB	169
d) Allgemeines zu Wertpapieren, die zur Anlegung von Mündelgeld geeignet erklärt worden sind (§ 217 Z 5)	170
e) Verordnungsermächtigungen nach Art XVII KindRÄG 2001	170
f) Beurteilungskriterien für das Risiko von Wertpapieren	170

g) Aufsichtsrechtliche Regelung öffentlich angebotener Wertpapiere	172
h) Anlegerschutz	173
i) Grundsätze des Beratungsgesprächs	174
6. Gewährung von Krediten nach § 218 ABGB	175
7. Erwerb von Liegenschaften nach § 219 ABGB	177
8. Veranlagung „in anderer Weise“ nach § 220 ABGB	178
a) Konkrete Prüfungsschritte für die Anlegung von Mündelgeld „in anderer Weise“	179
b) PflEGschaftsgerichtliche Genehmigung bei werthaltigen Sicherheiten für Vermögensverluste	181
c) Überblick Rechtsprechung zur Vermögensverwaltung	182
9. Versicherungsverträge als Anlegung „in anderer Weise“?	184
10. Rechtsfolgen einer „unzulässigen“ Anlegung von Mündelgeld und wirtschaftliche Betrachtung	184
11. Anlegung von Geld eines Dritten zu Gunsten des Kindes	186
12. Versicherungs- und Bausparverträge für ein minderjähriges Kind	188
H. Haftungsfragen bei Anlegung und Verwaltung von Mündelgeld	190
XVIII. Vermögensumschichtung und Veräußerung von Vermögenswerten	193
A. Allgemeines zur Notwendigkeit der Vermögensumschichtung	193
1. Pflicht zur Umschichtung von Veranlagungen iSd § 220 ABGB	193
a) Gesetzliche Regelung (§ 221 ABGB)	194
b) Umschichtung zum Wohl der vertretenen Person	196
c) Folgen einer Umschichtung	196
2. Verwertung und Veräußerung von beweglichen und unbeweglichen Vermögenswerten	198
a) Verwertung beweglichen Vermögens nach § 222 ABGB	198
b) Veräußerung unbeweglichen Vermögens nach § 223 ABGB	199
B. Umschichtung bei Gefährdung des Vermögens (zum Wohl der vertretenen Person)	201
C. Umschichtung aufgrund wirtschaftlicher Kriterien und Maßgaben nach §§ 215 ff ABGB	202
D. Wesentliche Prüfungsfragen	204
E. Vermögensumschichtungen durch einen einstweiligen Erwachsenenvertreter	205
F. Haftungsfragen bei ungewollter Vermögensumschichtung	206
XIX. Strafrechtliche Aspekte der Vermögensverwaltung	208
A. Untreue	208
1. Vermögensinteressen der vertretenen Person (Machtgeber)	209
2. Vertreter als Täter	209
3. Beteiligung Dritter und Verbandsverantwortlichkeit	209
4. Befugnismissbrauch durch den Vertreter	210
5. Wissentlichkeit	211
6. Unvertretbarkeit des Befugnismissbrauchs	212

7. Vermögensschaden durch Befugnismissbrauch	213
8. Zivilrechtliche Regeln zur gebotenen Sorgfalt	215
B. Betrug	216
C. Veruntreuung	217
D. Fazit	220
XX. Schenkungen an eine geschäftsunfähige Person	221
XXI. Unternehmensbezogene Geschäfte	223
XXII. Bankgeschäfte	225
A. Bankgeheimnis, Kontenregister und Auskunftserteilung gegenüber berechtigten Dritten	225
1. Auskunftsrecht des Erwachsenenvertreters	226
2. Durchbrechung des Bankgeheimnisses gegenüber dem Pflegergericht	229
B. Identifizierungspflichten bei Bankgeschäften	229
C. Bekanntgabe wesentlicher Änderungen	233
D. Sperren	233
E. Girokonten für vertretene Personen	234
1. Allgemein	234
2. Girokonto für einen Minderjährigen	235
3. Bankomatkarte für Minderjährige	236
4. Girokonten erwachsener geschäftsunfähiger Personen	237
5. Kontoverfügungen durch die vertretene Person	238
6. Gemeinschaftskonten mit erwachsenen geschäftsunfähigen Personen	238
F. Kredite und Haftungen	239
G. Wertpapierdepot	241
1. Anlegerprofil	241
2. Kosten	242
XXIII. Teilnahme an Gewinnspielen	243
A. Rechtsnatur der Auslobung bzw. Preisausschreibung	243
B. Besonderheiten bei Teilnahme geschäftsunfähiger Personen	243
C. Vertretung durch den gesetzlichen Vertreter für die Annahme der Teilnahmebedingungen	244
D. Exkurs: Datenschutzrechtliche Besonderheiten	246
XXIV. Erbschaftsangelegenheiten und Verträge auf den Todesfall	249
A. Allgemeines	249
B. Feststellung der Erben	251
C. Testierfähigkeit	252
D. Erbantritt	254
E. Vermächtnisse	255
F. Pflegevermächtnis (§§ 677 f ABGB)	255
G. Verlassenschaftszugehörigkeit von Spareinlagen (im Miteigentum)	256

H. Ausschlagung und Verzicht auf das Erbrecht durch eine geschäftsunfähige Person (§ 167 Abs 3 ABGB)	257
I. Erbvertrag	258
J. Rechtsgeschäfte von Todes wegen	258
1. Schenkung auf den Todesfall (§ 603 ABGB)	258
2. Übergabe auf den Todesfall	259
3. Auftrag auf den Todesfall	259
4. Entgeltliche Verträge auf den Todesfall	260
5. Sittliche Schenkung	260
Stichwortverzeichnis	263